

Bonn, den 7. Juni 1962

F/XVII/119

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 3

"Alles auf einmal"?

12

Notwendige Antwort an den Bundesfinanzminister
Von Dr. Alex Köller, MdB

4 - 5

Auch Pankow spricht von Krise
Zurechnende Versorgungslücken

85

6

Afrika zwischen Schandmauer und Funkturm
"Partner des Fortschritts" in Berlin

35

7 - 8

Die Sache mit der Parteireform
SPD - Vorbild für die CDU?

60

* * *

* *

Chefredakteur Günter Markscheffel

"Alles auf einmal" ?

Von Dr. Alex Möller, MdB

In seiner Rede zum Bundeshaushalt 1962 hat Finanzminister Dr. Starke im Bundestag ein sehr böses Wort gesprochen. Er sagte: "Das Grundübel der letzten Jahre liegt eingeschlossen in dem Ruf und der Praxis, die eingerissen ist: Alles auf einmal!"

Selbst wenn dem neuen Finanzminister konzediert werden kann, dass er sich angesichts des finanzpolitischen Schlendrians der letzten Jahre auch im Kabinett keiner leichten Aufgabe gegenübergestellt sah, darf dieser prononcierte Globalvorwurf nicht unwidersprochen und ohne Echo bleiben. Auf grosse Teile der Bevölkerung muss diese Äusserung geradezu wie eine Beleidigung gewirkt haben. Vor allem die Kriegsveteranen und diejenigen, die unter den Lastenausgleich fallen, haben in den vergangenen Jahren eine Langmut bewiesen, die in ihrer staatspolitischen Bedeutung eher einer dankbaren Anerkennung wert gewesen wäre! Und was muss der Personenkreis empfinden, der unter den Komplex der Wiedergutmachung fällt und demgegenüber die Bundesrepublik eine Entschädigung als Ehrenschuld und rechtliche Verpflichtung anerkannt und festgelegt hat, wenn von dem "Grundübel" des "alles auf einmal" die Rede ist? Difficile est satiram non scribere - es ist schwer, keine Satire zu schreiben.

Wie verhält es sich nun mit dem Ruf und der Praxis "alles auf einmal"?

Wiedergutmachung - immer noch nicht abgeschlossen

Die Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts ist eine der vordringlichsten moralischen und politischen Aufgaben, die uns gestellt sind und von deren befriedigender Regelung das Ansehen und das Vertrauen wesentlich mit abhängt, das wir im Ausland geniessen. Ein Rückblick auf die vergangenen Jahre zeigt auch, dass sich der Wille zur Wiedergutmachung nicht leugnen lässt und die bisher erbrachten Leistungen einen ansehnlichen Beitrag zum Ausgleich der Schäden darstellen, die deutschen und ausländischen Menschen in der düstersten Epoche unserer Geschichte zugefügt wurden. Aber wenn heute, 17 Jahre nach Beendigung des Krieges, mehr als acht Jahre nach Inkrafttreten des 1. Bundesentschädigungsgesetzes im Jahre 1953, das Kapitel "Wiedergutmachung" noch nicht endgültig abgeschlossen ist, fehlen einem die Worte auf den Vorwurf des Herrn Dr. Starke von dem Grundübel des "alles auf einmal".

Dieser Vorwurf ist ein Hohn angesichts der verfahrensmässigen Behandlung der Wiedergutmachung in der Vergangenheit, wo vielfach zum alten Unrecht neues Leid hinzugefügt wurde. Von den verschiedenen Zuständigkeiten und der Differenzierung des Wiedergutmachungsrechts abgesehen, die die Abwicklung und Bearbeitung verzögerten, haben im einzelnen häufig restriktive Gesetzesinterpretationen auch die materielle Wiedergutmachung nicht beschleunigt. In den Genuss der Ansprüche können sehr

7. Juni 1962

häufig erst die Erben und Hinterbliebenen der ehemals Verfolgten gelangen. Und da ist die Rede von "alles auf einmal".

Wenn auch die nach dem Bundesentschädigungsgesetz aufgewendeten Beträge angestiegen sind, ist der Endtermin für die Auszahlungen noch nicht erreicht. Auch wird ein Wiedergutmachungsschlußgesetz erwartet, das alle jene Personen einschließt, die auf Grund der Erfahrungen eine verbesserte Entschädigung verdienen, und jene, die erst nach dem im Bundesentschädigungsgesetz festgesetzten Stichtag vom 1. 10. 1953 die Länder hinter dem Eisernen Vorhang verlassen konnten.

Noch immer stehen Ansprüche nach dem Bundesrückerstattungsgesetz an.

Und da ist die Rede von "alles auf einmal"?

Und die Kriegsofferversorgung?

Der Komplex der Kriegsofferversorgung bedarf 17 Jahre nach Beendigung des mörderischen Krieges einer gerechten und ausreichenden Regelung durch das Versorgungsgesetz, und es wird Aufgabe des 4. Deutschen Bundestages sein, sich vorrangig darum zu bemühen. Alle Parteien haben sich gegenüber dem VdK Deutschlands vor den Bundestagswahlen in diesem Sinne geäußert. Im Schreiben der FDP-Fraktion, der auch Dr. Starke angehört, heißt es, der 4. Deutsche Bundestag müsse unverzüglich eine wirkliche Reform des Rechts der Kriegsofferversorgung vornehmen. Eine solche Reform ist also anerkanntermaßen erforderlich. Und da ist die Rede von "alles auf einmal"?

Anderthalbjährige Wartefristen

Bekanntlich haben infolge der Verzögerung beim Erlaß der allgemeinen Verwaltungsvorschriften und der Rechtsverordnungen zur Durchführung des 1. Neuordnungsgesetzes zur Kriegsofferversorgung viele Kriegsofferver bis zu eineinhalb Jahren auf die ihnen zugestandenen näheren Leistungen warten müssen. Und da ist die Rede von "alles auf einmal"?

Die Rente des erwerbsunfähigen Kriegsbeschädigten betrug am 1. 10. 1950, also vor Schaffung des Bundesversorgungsgesetzes, insgesamt 165.-- DM, nämlich 75.-- DM Grundrente und 90.-- DM Ausgleichsrente, wenn keine sonstigen Einkünfte vorhanden waren. Während des 2. Bundestages wurden sechs Novellen zum Bundesversorgungsgesetz verabschiedet. Der 3. Bundestag ließ ab 1. 6. 1960 das erste Neuordnungsgesetz in Kraft treten. Seit diesem Zeitpunkt beträgt die Vollrente des erwerbsunfähigen Kriegsbeschädigten 400.-- DM, nämlich 200.-- DM Grundrente und 200.-- DM Ausgleichsrente. In der Witwenversorgung erhöhte sich die Vollrente von 90.-- DM auf 200.-- DM (wobei sich die Ausgleichsrente noch um den Sozialzuschlag von 20.-- DM erhöht, sofern kein Einkommen vorhanden ist). Und da ist die Rede von "alles auf einmal"?

Halbzeitwert im Lastenausgleich

1949 hat der Lastenausgleich mit dem Soforthilfegesetz begonnen. 1952 folgte das Lastenausgleichsgesetz, fünfzehn Änderungsgesetze und zahlreiche Rechtsverordnungen sind seitdem in Kraft getreten und noch immer fehlt es am Abschluß dieses gewaltigen Gesetzgebungswerkes. Und da ist die Rede von "alles auf einmal"?

Es geht nicht darum, die Leistungen zu schmälern, die bisher für den Lastenausgleich erbracht worden sind. Aber wenn von dem Grundübel "alles auf einmal" die Rede ist, soll doch im Gegensatz hierzu die Geduld, die Ausdauer und der Mut der Geschädigten dankbar und anerkennend hervorgehoben werden, mit denen ihre soziale und wirtschaftliche Eingliederung im wesentlichen möglich wurden.

Im Rahmen der Gesamtschätzung für den Lastenausgleich ist mit Ablauf des Jahres 1961 gerade etwa der Halbzeitwert erreicht. Also erst etwa die Hälfte der geschätzten Gesamtausgleichssumme von rd. 90 Mrd DM ist gezahlt worden - nach zwöfeinhalb Jahren! Sicher müssen die volkswirtschaftlichen Möglichkeiten gesehen und die Grenzen geachtet werden, die mit Rücksicht auf die Sicherung der Währung gezogen sind. Aber 1962 weist trotz des im Vergleich zu 1950 fast zweieinhalbfachen Haushaltsvolumens der vom Bund jährlich in den Fonds des Lastenausgleichs einzubringende Beitrag immer noch die gleiche Höhe wie ehemals auf. Diese Tatsache sollte auch einmal angesprochen werden. Und da ist die Rede von "alles auf einmal"?

Heute erreichen bereits nur noch etwa 75 Prozent der Feststellungsbescheide die unmittelbar Geschädigten. Bei den einheimischen Kriegesachgeschädigten ist das Verhältnis noch ungünstiger, so daß hier in fast 50 Prozent der Fälle die Erben und Hinterbliebenen in der Genuß der Leistungen gelangen. Der Abschluß der Entschädigungsleistungen ist bis zum Jahre 1979 befristet. Noch annähernd siebzehn Jahre lang wird sich die vorgesehene Abwicklung hinziehen, wenn nicht eine Änderung eintritt! Und da ist die Rede von "alles auf einmal"?

Das grenzt schon an Blasphemie

Wenn man sich einmal anhand von Einzelbeispielen und im Gesamtüberblick vor Augen hält, welche Vermögensverluste unter dem Komplex "Lastenausgleich" fallen und in welchem Maße sie "ausgeglichen" werden, fällt es schwer, die dann geradezu leichtfertig wirkende Äußerung von Dr. Starke zu verstehen. Ganz im Gegensatz zu anderen Bevölkerungskreisen haben die Heimatvertriebenen und Kriegesachgeschädigten bei der Vertretung ihrer Forderungen Geduld und Zurückhaltung geübt. Wo aber die Entschädigungsleistung für den - nach der Prämabel zum Lastenausgleichsgesetz - "Anspruch" der durch den Krieg und seine Folgen besonders betroffenen Bevölkerungsteile zum Wettlauf mit dem Tode wird, kann es nicht als lapsus linguae entschuldigt werden, wenn von dem Grundübel des "alles auf einmal" die Rede ist! Das grenzt schon an Blasphemie. "Ihr wißt auf unsern deutschen Bühnen probiert ein jeder, was er mag" heißt es im FAUST. Das politische Forum sollte aber keine solche Bühne sein.

Den unmittelbar Geschädigten für ihre Opfer einen wenigstens materiellen Ausgleich zu bieten und auch im Rahmen der volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit schnellstens dafür zu sorgen, diesen Menschen noch zu ihren Lebzeiten zu helfen, das ist kein Grundübel und das heißt siebzehn Jahre nach dem Krieg nicht "alles auf einmal" wollen.

Auch Pankow spricht von Krise

E.Z. - Berlin

Die von Woche zu Woche zunehmenden Schwierigkeiten in der Lebensmittelversorgung, die bisher von der SED entweder als eine Erfindung des Westens oder als ein Fehler im Verteilungsapparat abgetan zu werden pflegten, können jetzt auch von Pankow nicht mehr verschwiegen oder auch nur bagatellisiert werden. Jetzt gesteht das Organ der SED, "Neues Deutschland", plötzlich ein: "wenn in den nächsten Tagen die Anstrengungen um die Erfüllung des Staatsplanes für Milch und Fleisch nicht vervielfacht werden, erscheinen zum Nationalkongress (16. und 17. Juni) die Delegierten einiger Bezirke mit beträchtlichen Schulden". Gleichzeitig fordert die SED-Führung die "Öffentliche Kontrolle der Planerfüllung."

Trotz dieses Eingeständnisses hat man in Ostberlin aber nicht den Mut, die Karten dieser Misere offen auf den Tisch zu legen. Man gibt zwar zu, dass z.B. der Bezirk Karl-Marx-Stadt bis zum Mai die Pläne für die Milch- und Butterproduktion nur zu 86,8 Prozent erfüllen konnte, um gleichzeitig hinzuzufügen, dass auch die Bezirke Erfurt, Magdeburg, Halle und Dresden ebenfalls beträchtliche Planschulden haben. Eine Gesamtbilanz aber, die ein klares Bild geben würde, sucht der Zonenbewohner vergebens. Unter den Planschuldnern auf dem Sektor Schlachtvieh-Aufkommen werden die wichtigsten Agrarbezirke der Zone, Potsdam, Neubrandenburg, Leipzig, Cottbus und Frankfurt/Oder genannt.

Den Hintergrund dieser Pankower Alarmrufe, die übrigens auch ein bemerkenswertes Licht auf die Warenkredit-Forderungen der Zonenregierung an die Bonner Adresse werfen, erhellen Angaben, die in der monatlich erscheinenden "Statistischen Praxis" enthalten sind. Da die sowjetzonale Öffentlichkeit praktisch an diese Veröffentlichungen nicht herankommt, die nur für Experten gedacht sind, ist man hier schon eher geneigt, klaren Wein einzuschenken. Was in dieser Zeitschrift über die Entwicklung z.B. des Schlachtvieh-Aufkommens und des Viehbestandes in der kollektivierten Landwirtschaft gesagt wird, lässt die Versorgungskrise durchaus verständlich erscheinen.

Die Viehbestände sind von Monat zu Monat in den "Volkseigenen Gütern" und in den "Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften" laufend zurückgegangen:

Bei Rindvieh von	4 561 000 Stück am 1. November 1961 auf
	4 535 700 Stück am 1. März 1962
darunter Kühe von	2 178 600 Stück am 1. November 1961 auf
	2 149 700 Stück am 1. März 1962
Bei Schweinen von	9 281 600 Stück am 1. November 1961 auf
	7 438 100 Stück am 1. März 1962.

Die Zahlen für die Monate April und Mai wurden bisher von der Ostberliner "Zentralverwaltung für Statistik" noch nicht veröffentlicht. Der Viehbestand ist in dieser Zeit ohne Zweifel noch weiter gesunken. Offensichtlich liegt im Hinblick auf die verhängnisvolle Entwicklung eine Weisung der ZK-Führung vor, künftig die Zahlen über den Viehbestand zu frisieren. Anders lässt sich die Tatsache nicht erklären, dass in der "Statistischen Praxis" die Viehbestände für die Stichtage 31. Januar und 28. Februar bis auf die Dezimalstelle gleich angegeben werden.

Wie stark der Abfall in der Produktion von Schlachtvieh ist, zeigen andere Vergleichszahlen: Während im 4. Quartal 1961 396 700 t Schlachtvieh in der Zone produziert wurden, waren es im 1. Quartal 1962 nur noch 288 300 t, also nur rund 73 Prozent des vorausgegangenen Vierteljahres.

Aber selbst wenn man einen Vergleich zwischen den beiden ersten Quartalen 1961 und 1962 anstellt, zeigt sich ein beträchtlicher Rückgang der Produktion an landwirtschaftlichen Gütern. So wurden im 1. Vierteljahr 1962 im Vergleich mit dem gleichen Zeitraum 1961 nur 96,5 Prozent an Fleisch, 88,9 Prozent an Milch und sogar nur 84,2 Prozent an Butter produziert.

Erhellen schon diese Zahlen, warum in der Zone die Versorgungslage immer mehr zunehmen muss, die Tatsache, dass auch die Staatreserven an landwirtschaftlicher Produktion aus militärischen Erwägungen heraus ohne Zweifel beträchtlich aufgestockt worden ist, muss diese Engpässe noch verstärken.

Ob freilich die Forderung der SED-Führung nach einer perfekten "öffentlichen Kontrolle" der Milch- und Fleischproduktion eine Änderung herbeiführen kann, scheint mehr als fraglich. Die Ursachen sind in der beträchtlichen Desorganisation des landwirtschaftlichen Produktionsapparates zu erblicken, wie sie die Kollektivierung mit sich gebracht hat. Eine Folge dieser von der SED mit brutaler Gewalt herbeigeführten Entwicklung ist das ungeheure Viehsterben, das durch allgemeinen Futtermangel, aber auch durch Desinteresse der LPG-Mitglieder an der Viehpflege bedingt ist.

Auf den SED-Kreisdelegiertenkonferenzen der letzten Zeit wurden diese wahren Ursachen offen ausgesprochen. So erklärte z.B. im Kreis Gransee (Bezirk Potsdam) ein SED-Funktionär, es grübe LPG-Ställe, in denen bis Ende Mai 60 und mehr Schweine verreckt seien; die Nachzucht an Ferkeln aber liege oft unter zehn Stück. - Die SED versucht, die landwirtschaftlichen Produktionsdefizite und die daraus entstandene Versorgungskrise als eine Folge politischen Versagens hinzustellen. Da objektive Schwierigkeiten von der SED noch nie anerkannt worden sind.

+ + +

Afrika zwischen Schandmauer und Funkturm

P.M. Das Berliner Ausguckloch in die Freiheit der westlichen Welt inmitten der unterdrückten Sowjetzonen-Republik zieht auch die Partner dieser Welt aus fernen Ländern, vor allem aus den "Entwicklungsländern" an. Es war gewiss ein guter Gedanke, ausgerechnet nach Berlin-Regel (in den französischen Sektor des Freien Berlin), in die alte Borsig-Villa, das Seminar für internationale Entwicklungshilfe zu verlegen.

So finden in letzter Zeit auch afrikanische Fürsten, demokratische Volksführer und mediterrane Würdenträger an die Westberliner Mauer und stufen sie teilweise sehr ärgerlich als "Rückschritt" in der Geschichte der Menschheit ein.

Die diesjährige Industrie-Ausstellung in Westberlin wird den Aufgaben der Zeit recht geschickt gerecht werden. Man will sie nämlich unter das Motto "Partner des Fortschritts" stellen und vor allem eine grosse Afrika-Schau daraus machen, wie man in Berlin im vorigen Jahr schon "Afrikanische Filmfestspiele" abgehalten hatte.

In der grössten Halle am Funkturm stellen diesmal auf 7 500 Quadratmetern 30 afrikanische Staaten aus. Ausserdem zeigt Deutschland selbst dort seine mannigfachen Industrie-Spezialangebote für Afrika, die - wie der letzte Afrika-Besuch des deutschen Bundespräsidenten erwies - bereits auch in den halbkommunistischen Ländern des neuen Afrika (wie Guinea) sehr begehrt und beachtet sind.

Der Berliner Star-Architekt Fritz Bornemann (Oper, Theater der Freien Volksbühne) gestaltet die Berlin-Halle zur "Afrikarama" um, wie man es jetzt nennt, ein Panorama der jungen Nationen Afrikas, zugleich ein zugkräftiges Moment zur Berlin-Werbung mit Substanz.

Auf der kommenden Berliner Industrie-Messe wird es nun also auch eine "Urwaldbar" geben, viele Anregungen für Auge und Ohr, und vielleicht auch für den Magen. Denn ein afrikanisches Spezialitätenrestaurant soll erstmals in Berlin dort eröffnet werden. Wichtiger sind die Modelle von Kraftwerken, Stauseen, Häfen, Schwermaschinen-Objekte, die im September in Berlin zu sehen sein werden, Muster der mustergültigen Anlagen, die heute deutsche Techniker und Ingenieure in Afrika, in einer besseren Form der "Kolonisation" als einst im 19. Jahrhundert anlegen.

Die Sache mit der Parteireform

W.P. - Am Schluss des CDU-Parteitages stellten Teilnehmer die Frage, was eigentlich in Dortmund an praktischen Ergebnissen zu verzeichnen gewesen wäre, hätte der Parteitag nicht wieder einmal die Satzung geändert. Gewiss, auch diesmal erwartete die Öffentlichkeit und im Grunde ein erheblicher Teil der Delegierten - selbst jener, die bei der Wahl ihre Stimme Adenauer gaben -, dass der längst fällige Führungswechsel stattfände. Aber Bundesvorstand und Bundesausschuss hatten Vorbereitungen getroffen und Beschlüsse gefasst, um ein Ventil für die aufgestaute Unzufriedenheit zu schaffen: Die Funktionsunfähigkeit und Passivität der Partei sollte einfach durch eine Veränderung in der Zusammensetzung des Bundesvorstandes beseitigt werden.

Seit dem Parteitag in Stuttgart im Jahre 1956 befasste sich jeder CDU-Parteitag mit Satzungsänderungen, bei denen es hauptsächlich um Änderungen in der Führungsspitze ging. 1956 bekam die CDU einen "geschäftsführenden Vorstand", dem u.a. vier stellvertretende Vorsitzende und drei geschäftsführende Vorstandsmitglieder angehörten. 1958 ermächtigte der Parteitag den Bundesausschuss, weitere geschäftsführende Vorstandsmitglieder für besondere Aufgaben hinzuzuwählen. 1960 erwies sich der geschäftsführende Vorstand als zu klein. Durch Satzungsänderung wurde der Bundesvorstand bestimmt, einen sogenannten engeren Vorstand zu wählen, dem 21 Mitglieder angehören sollten. Die Funktion von geschäftsführenden Vorstandsmitgliedern wurde abgeschafft. Jetzt, im Jahre 1962, reduzierte der Parteitag den engeren Vorstand wieder, und zwar auf sieben Mitglieder und nannte ihn nach dem Vorbild der SPD "Präsidium". Neu entstand das Amt eines geschäftsführenden Vorsitzenden, dem weitgehende Rechte übertragen wurden. Er besitzt das Recht, den Bundesvorstand einzuberufen. Das oblag bisher ausschliesslich dem Bundesvorsitzenden. Koch 1956 scheiterte der berüchtigt gewordene Vorstoss des Delegierten Wackerzapp, der sich an der formal und juristisch tatsächlich unzureichenden Satzung stiess, eine Bestimmung in die Satzung

aufzunehmen, wonach der Bundesvorsitzende den Bundesvorstand einzuberufen hätte, wenn der geschäftsführende Vorstand oder fünf Mitglieder es verlangten. Der Vorsitzende berief den Bundesvorstand nur selten ein; Führungsaufgaben konnte er folglich nicht übernehmen. Das soll jetzt anders werden.

In diesem Zusammenhang wurde im Kreise der Delegierten darauf hingewiesen, dass der Parteitag 1958 in Kiel den Bundesvorstand beauftragt hatte, eine Sonderkommission einzusetzen, die sich mit der Frage der Parteiengesetzgebung und Parteienfinanzierung befassen sollte. In Karlsruhe 1960 wurde über das Ergebnis der Arbeiten dieser Kommission nicht berichtet. Da aber die Demokratisierung der Partei von entscheidender Bedeutung für ihre Funktionsfähigkeit als Mitgliederpartei sein muss, legen CDU-Kreise Wert auf innerparteiliche Klarheit in den organisatorischen Dingen. Es wird z. B. als unzureichend angesehen, wenn der Parteitag als oberstes Beschlussgremium lediglich die Parteivorsitzenden, nicht aber den Parteivorstand selbst zu wählen hat. Auch die Begrenzung seiner Aufgaben auf die "Grundlinien" der Politik erscheint vielen als zu eng; er sollte für alle politischen und organisatorischen Fragen der Bundespartei zuständig sein und auf diese Weise eine echte Führungs- und Kontrollfunktion ausüben wie das auch bei anderen demokratischen Parteien der Fall ist.

Immerhin scheint sich in der CDU ein Prozess fortzusetzen, der zu einer wachsenden Demokratisierung der Partei führt. Die Einrichtung von Arbeitsgemeinschaften auf dem Dortmunder Parteitag und vor allem ihre öffentliche Tagung bedeuten für die CDU ein Novum, denn sie war bisher wenig öffentlichkeitszugewandt. Es darf wohl angenommen werden, dass die CDU sich bei den Neuerungen gelegentlich der Vorbilder der SPD bedient hat. Aber das sollte diese nicht beunruhigen. Denn die Führungsgrundsätze demokratischer Parteien sind nicht Gegenstand der Konkurrenz, sondern gemeinsame Grundlage ihrer Arbeit.